

Überlastungen auf allen Ebenen

Kreisverband der GEW fordert mehr Ressourcen für die Inklusion

Von Michael Baas

LÖRRACH. Behinderte und nichtbehinderte Kinder werden gemeinsam unterrichtet, und zwar als Normalfall. Das ist eine Idee hinter dem Schlagwort Inklusion. Was theoretisch nach einem sozialen Fortschritt klingt, entpuppt sich in der Schulpraxis aber als schwierig. Der Kreisverband der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) jedenfalls schlägt auf Basis einer Umfrage unter Lehrern und Lehrerinnen aller Schularten der Kreise Lörrach und Waldshut Alarm. Für die Kreisvorsitzende Anja Hanke ist klar: Das aktuelle System der Inklusion erzeuge vor allem Verlierer, sagt sie gegenüber der BZ.

Im Grunde hat Deutschland keine Wahl. Mit der Ratifizierung des „Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderung“ im Rahmen der UN-Menschenrechtskonvention 2009 hat sich die Bundesrepublik verpflichtet, ein integratives Bildungssystem aufzubauen. Umgesetzt und bezahlt werden muss diese Verpflichtung aber von den Ländern. Baden-Württemberg war da unter der CDUgeführten Regierung bis 2011 ziemlich zögerlich; die folgende grün-rote Landesre-

gierung hat das Thema dann zwar angepackt und im August 2015 auch ein Schulgesetz zur Inklusion verabschiedet.

Dieses erklärt Inklusion zu einer pädagogischen Aufgabe aller Schulen; im Gegenzug wurde die Pflicht zum Besuch einer Sonderschule bei sonderpädagogischem Bedarf aufgehoben und den Eltern ein qualifiziertes Wahlrecht eingeräumt. Darüber hinaus wurden Sonderschulen wie die Helen-Keller-Schule in Maulburg umgewidmet zu sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ); inzwischen existiert ein System paralleler Strukturen – die SBBZ auf der einen, die Regelschulen mit Inklusion auf der anderen Seite – und betroffene Eltern haben mit einer gewissen Steuerung seitens der staatlichen Schulämter die Wahl, wohin sie ihr Kind schicken. Im Idealfall soll das auf allen Seiten zu Win-Win-Situationen führen und bei Nichtbehinderten zum Beispiel auch das soziale Lernen, Empathie, Toleranz oder Rücksichtnahme stimulieren.

Doch das ist die Theorie. Praktisch fehlt es vor allem an den Regelschulen an Lehrkräften und qualifiziertem Personal, um das ambitionierte Konzept mit Mehrwert für alle Seiten umzusetzen. Hatte sich die grün-rote Landesregierung 2011 in ihrem Koalitionsvertrag beim Thema Inklusion noch zum Zwei-Pädagogen-Prinzip für Inklusionsklassen bekannt, stand das schon zum Start des Vorhabens nur noch auf dem Papier. Die neue grün-schwarze Landesregierung ist inzwischen auch offiziell davon abgerückt und spricht nur mehr davon, das Zwei-Pädagogen-Prinzip da anzuwenden, „wo es fachlich sinnvoll und möglich ist“ – eine Formulierung, die viel Spielraum lässt.

Tatsächlich war der frühere SPD-Kultusminister und heutige Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Andreas Stoch zunächst von bis zu 4000 zusätzlichen Lehrerstellen ausgegangen, die zur Umsetzung der Inklusion benötigt werden. In den Planungen des



Im Schulamtsbezirk Lörrach gibt es inzwischen an 40 Schulen Inklusionsklassen.

FOTOS: DPA

Landes sind bis 2022 aber zunächst nur 1350 zusätzliche Stellen eingerechnet. Die GEW indes kommt in einer Kalkulation ebenfalls auf landesweit rund 3500 zusätzliche Stellen, schildert Hanke. Bislang eingestellt wurden dagegen nur rund 400 und davon kommt nur ein Teil tatsächlich in den Schulen an, da zum Beispiel auch 50 Stellen in der Schulverwaltung gelandet sind.

Zusätzlich verschärft wird die Situation dadurch, dass viele Stellen von Sonderschullehrern schon jetzt nicht besetzt sind, weil die Lehrkräfte auf dem Markt schlicht fehlen. Das gilt nicht zuletzt für den Schulamtsbezirk Lörrach, also die Kreise Lörrach und Waldshut, schildert die GEW-Kreisvorsitzende und Personalrätin am Schulamt weiter. Hier an der Grenze mache sich die Sogwirkung der Schweiz, wo Sonderpädagogen als Heilpädagogen eingestuft und besser bezahlt werden als hierzulande, stark bemerkbar. Tatsächlich gebe es eine spürbare Abwanderung über die Grenze.

Auf der anderen Seite ist auch die Nachfrage nach der Inklusion höher als erwartet. Im Schulamtsbezirk Lörrach gibt es inzwischen 40 Schulen, die Inklusionsklassen mit Gruppenangeboten für behinderte Kinder haben, 24 im Kreis Lörrach, 16 im Kreis Waldshut. Das Gros sind dabei Haupt- und Werkrealschulen sowie die neuen Gemeinschaftsschulen, auf die die nach einer GEW-Statistik landesweit mehr als 75 Prozent der Inklusionschüler gehen; rund 13 Prozent besuchen eine Realschule, knapp acht Prozent

Gymnasien. Doch auch wenn Lehrer und Lehrerinnen der erstgenannten Schultypen pädagogisch in der Regel noch qualifizierter sind als die vor allem wissenschaftlich ausgebildeten Gymnasiallehrer, sind sie fachlich nicht vorbereitet, Inklusionskinder zu unterrichten.

Dazu kommt, dass mit der Inklusion nicht nur Kinder mit körperlich-motorischen Einschränkungen in den Regelschulen landen, sondern auch die mit emotionalen, sozialen oder kognitiven Handicaps. Das spreizt das von der heutzutage ohnehin sehr heterogenen Schülerschaft geprägte Unterrichtsklima in den oft auch noch großen Klassen weiter und schafft Situationen, in denen alle zu kurz zu kommen drohen. „Die Leistungsschere geht zunehmend auseinander. So muss ich entweder ständig vom Niveau runter oder hinnehmen, dass die Inklusionskinder von vorneherein schlecht versorgt sind“, schildert zum Beispiel eine Lehrerin dem GEW-Kreisverband ihre Lage.

Dieser Spagat produziert auch in der Lehrerschaft Frustration. „Wir fühlen uns allein gelassen“, heißt es denn auch in einem anderen Erfahrungsbericht, den der Kreisverband gesammelt hat. Dazu kommt, dass auch der administrative Aufwand für die Inklusion Ressourcen bindet, die in den Personaletats nicht berücksichtigt sind, moniert Anja Hanke, und zwar weder an den allgemeinen Schulen

noch an sonderpädagogischen Zentren. Das aktuelle Modell der Inklusion berge denn auch hohe Risiken, nur Verlierer zu produzieren, warnt die GEW-Kreisvorsitzende. „Das schafft Überlastung auf allen Ebenen“, analysiert sie – bei Lehrern bei den „normalen“ Schülern, deren in der Regel positive Haltung zu dem Thema leide und bei den Inklusionskindern, für die „normaler“ Unterricht ohne angemessene Betreuung oft nur eine Strapaze sei. Ein einfach in der Klasse absitzendes Inklusionskind aber sei auch keine Lösung.

Denn damit werde der Geist der Inklusion, die Teilhabe, ja auch nicht erfüllt, sondern allein ein Politikergewissen beruhigt.

Die GEW unterstütze zwar die Aufgabe der Inklusion ohne Abstriche. „Inklusion ist wichtig. Aber dafür braucht es auch die nötigen Mittel“, sagt Anja Hanke; anderenfalls werde nur

„Mangel verwaltet“. Deshalb fordert sie einen schnelleren Stellenaufbau, durchgängig mit zwei Pädagogen besetzte Teams für Inklusionsklassen, mindestens 4,5 Lehrerwochenstunden für jedes inklusive Kind, einen niedrigeren Klassensteiler für die Inklusionsklassen und last, but not least tragfähige Konzepte und ausreichende Fortbildungs- und Unterstützungsmöglichkeiten für Lehrer. Zudem brauche es eine „ehrliche Diskussion“ darüber, welche Kinder welche Umstände benötigen. Anderenfalls bleibe Inklusion „gut gemeint, aber schlecht gemacht“.

„Inklusion ist wichtig. Aber dafür braucht es auch die nötigen Mittel.“



Die GEW im Kreis vermisste Konzepte, um die Inklusion zum Erfolg zu führen.